



**Pressemitteilung vom 30. März 2020**

## **BA-Gewerkschaft: Bundesregierung kalkuliert bei Kurzarbeit zu niedrig Erhöhung des Kurzarbeitergeldes und mehr Personal notwendig**

Die in Arbeitsagenturen und Jobcentern engagierte „Gewerkschaft Arbeit und Soziales“ (vbba) begrüßt die Neuregelungen zur Kurzarbeit, weil der Zugang zur Kurzarbeit erleichtert wird und die Betriebe durch die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge in sehr schwieriger Krisenzeit finanziell zusätzlich entlastet werden. Jedoch fordert der Bundesvorsitzende Waldemar Dombrowski eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80 Prozent beziehungsweise auf 87 Prozent bei Betroffenen mit mindestens einem Kind. „Durch die vorübergehende Erhöhung des Lohnersatzleistung würden wir in vielen tausend Fällen die Abhängigkeit der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ergänzender Grundsicherung vermeiden. Das wäre psychologisch sehr wichtig und man würde den Jobcentern den bürokratischen Mehraufwand ersparen“, begründet Dombrowski den Vorstoß, den grundsätzlich auch der dbb beamtenbund und tarifunion teilt.

Gewerkschaftschef Dombrowski geht aufgrund der explosionsartig gestiegenen Beratungen und Anzeigen auf Kurzarbeitergeld davon aus, dass die durch die Bundesregierung bislang genannte Zahl der KuG-Bezieher deutlich zu niedrig kalkuliert ist. „Auch wenn die Zahlen derzeit nur qualifiziert geschätzt werden können, gehen wir nach stichprobenartigen Rückmeldungen aus der Fläche von einem Niveau aus, das die von der Bundesregierung genannten 2,35 Millionen Bezieher bei weitem übersteigen wird.“

Zur nachhaltigen Sicherung der Lohnersatzleistungen und angesichts des schwer angeschlagenen Arbeitsmarktes fordert die Gewerkschaft, die wegen der spürbaren Delle auf dem Arbeitsmarkt bereits im Vorjahr die Personalkürzungen bei der BA kritisierte, deutlich mehr Personal in Arbeitsagenturen und Jobcentern. Dauerhaft könne man andere Aufgabenbereiche, die derzeit aus nachvollziehbaren Gründen zugunsten der Sicherung der Lohnersatzleistungen zurückgefahren werden, nicht vernachlässigen. So werde es ab Mai unbedingt darauf ankommen, wieder die Berufsberatung und die Ausbildungsvermittlung zu forcieren, um junge Menschen ohne Ausbildungsstelle bis zum Sommer zu integrieren.

